

Dazu berichtet der Nachrichtendienst des ICCJ vom 15. Febr. 1949 S. 5: Jerusalem, 27. Dezember 1948, ... In einer dem RNS-Vertreter gegenüber abgegebenen Erklärung betonte Msgr. Thomas J. McMahon aus New York, der sich in spezieller Mission in Israel befindet, dass die Behörden Israels ihr Bestes tun, um den Christen in Palästina zu helfen. Es ist ausschliesslich auf die Kriegsverhältnisse zurückzuführen, sagte er, wenn christliche Gemeinden in Israel Hilfe von auswärts benötigen. Mehr als 2000 katholische Priester, Mönche und Nonnen arbeiteten gegenwärtig in Israel und ihre Einrichtungen sind Mittelpunkt der Hilfstätigkeit für Flüchtlinge.

„Der Überblick“ vom 5.2.49, berichtet auf S. 4: „Msgr. Antonio Vergani, katholischer Generalvikar für Galiläa, stattete Rabbi Yaskov Herzog, dem Leiter der Abteilung für die christlichen Gemeinden im Religionsministerium einen offiziellen Besuch ab und dankte ihm für die bisherige gute Zusammenarbeit. Msgr. Vergani, der erste amtliche Vertreter des Vatikans in Israel, sprach die Zuversicht aus, dass diese gute Zusammenarbeit auch weiterhin bestehen werde und teilte gleichzeitig eine Anzahl Ernennungen mit, die die Kirche in Israel vorgenommen hat.“

9 c. Der 9. November 1938.

Gedenkstunden anlässlich des 10. Jahrestages des Synagogenbrandes
Das katholische Kirchenblatt für das Bistum Berlin „Petrusblatt“ bringt in Nr. 46 vom 14.11.48 einen kurzen Bericht über eine Gedenkstunde anlässlich des zehnten Jahrestages des Synagogenbrandes:

„Am Sonntag den 8.11.48 fand eine Gedenkstunde im Titania-Palast, Berlin-Steglitz statt. Es sprachen der katholische Pfarrer Heinrich Tomberge, Rabbiner Stefan Schwarzschild, der evangelische Propst D. Grüber. Einleitend wies Pfarrer Tomberge hin auf das heroische Verhalten des auf dem Wege zum KZ verstorbenen Tompropstes Bernhard Lichtenberg in der Verteidigung der gequälten Juden. „Eines aber können wir tun“, führte Pfarrer Tomberge weiter aus, „nachgeben, dass wir nicht noch einmal denselben Weg gehen, unser Gewissen verraten an die Macht“... „Schuld verlangt Sühne: sollen wir nicht das Leid, das hinter uns liegt, um uns und vor uns als unsere Sühne betrachten und so das Leid erheben zu einem Wert?“... „Machen wir es so, dann wird aus dem Leid von heute ein Sagensquell werden für morgen.“

Wir freuen uns, dass gerade dieses katholischen Märtyrers gedacht worden ist. Wir langen darum, ob sein Vorbild heute Nachfolge findet.

Auch das Mitteilungsblatt der „Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“ in Hamburg berichtet in der Dezemberausgabe 1948 S. 2-3 die Reden zur zehnjährigen Wiederkehr des 9. November 1938, die in Hamburg auf der offiziellen Veranstaltung gehalten wurden, die von den beiden christlichen Kirchen, sämtlichen Parteien und einer Reihe Hamburgischer Kulturorganisationen getragen wurde. Die Reden sind in einem Sonderdruck des sog. Mitteilungsblattes erschienen (Hamburg 36, Dammtorwall 41 Z. 304). Es sei dabei erwähnt, dass diese Nummer dankenswerterweise gegen die Verwendung des Wortes „Kristallnacht“ protestiert: „Hinter dieser Geräuschkulisse stand das unheimliche Knistern der brennenden Synagogen, der physische und psychische Schmerz der Misshandelten...“

Bischof Libelius über den 9. November 1938.

Der evangelische Bischof von Berlin, Otto Libelius, der nach der Resignation von Theophil Wurm an die Spitze der deutschen evangelischen Christenheit getreten ist, hat in der Berliner Zeitung „Der Tag“ N. 193, v. 7.11.48 ebenfalls Stellung genommen zu den Ereignissen

sie den ersten Höhepunkt in Hitlers Feldzug gegen die jüdischen Menschen bedeutet haben.

„Es war ganz ähnlich wie beim Reichstagsbrand. Wer nicht zur Partei gehörte oder nicht besondere Informationsquellen hatte, erfuhr erst ganz allmählich, was eigentlich passiert war: nämlich dass nicht nur hier und da ein SA-Sturm eine Synagoge angesteckt hatte, sondern dass am 9. November 1938 über ganz Deutschland hin die Synagogen gebrannt hatten, und dass dieser Feuerschein den Beginn der letzten und brutalsten Vernichtungsaktion gegen die Juden angekündigt hatte. Schliesslich aber begriff man es bis zum letzten Dorf, dass dieser 9. November wieder einmal zu einem Schicksalstag im Leben des deutschen Volkes geworden war, freilich in einem anderen Sinn, als man es sich im Berliner Propagandaministerium gedacht hatte. . . .

Der systematische Mord an den Juden in Deutschland ging seinen Gang. Niemand war imstande, ihn aufzuhalten. Gleichzeitig aber wurde deutlich, dass die Propagandakunst des Herrn Joseph Goebbels zum ersten Male an ihre Grenzen gestossen war. Der Aktion des Synagogenbrandes versagte das deutsche Volk seine Zustimmung, bis tief in die Reihen der Parteimitglieder hinein. Ungezählte, die noch immer an einen guten Kern in der Partei geglaubt hatten, und die sich ihre Gedanken immer wieder durch die Reden Adolf Hitlers hatten hinwegsuggrieren lassen, begriffen jetzt, dass es Verbrecher waren, die Deutschland regierten.

Jetzt erst wurde das Mitleid mit den verfolgten Juden allgemein. Und erst jetzt wurde es zur Tat. In der Bekennenden Kirche, aber auch weit über deren Kreise hinaus, wurde es zur Ehrenpflicht, verfolgten Juden Unterschlupf zu gewähren, sie Monat um Monat, ja Jahr um Jahr im geheimen zu beschützen, so dass sie ihr Leben fristen konnten. In der Bekennenden Kirche Brandenburgs gab es keine Zusammenkunft mehr, bei der nicht ein Teller herumging, auf den ein jeder ein paar Abschnitte von seiner Lebensmittellkarte legte. Keiner sprach dabei ein Wort. Jeder wusste, dass diese Abschnitte für „untergetauchte“ Juden bestimmt waren, die irgendwo ohne Lebensmittellkarten existieren mussten. Es wurde zur Ehrenpflicht, „Sternträgern“ auf der Strasse die Hand zu geben oder ihnen ein freundliches Wort zu sagen, obwohl man sich selbst dadurch in Gefahr brachte. . . .

Der 9. November 1938 war zum schwarzen Tag geworden, nicht nur für die Juden in Deutschland, sondern auch für den Nationalsozialismus. . . .

Für uns aber, die wir auf jenen Tag zurückschauen, bedeutet die Erinnerung eine doppelte Verpflichtung. Zunächst die, dass wir jedem System, jeder politischen Ideologie, jeder Weltanschauung und jeder Staatsform zu widerstehen haben, in deren Konsequenz etwas Ähnliches liegen könnte, wie das, was damals geschehen ist. . . .

Zu dem Tapfersten und Schönsten, was der ehrwürdige Landesbischof D. Wurm in seinem Leben geschrieben hat, gehört sein Brief an die Reichsregierung vom 16. Juli 1943, in dem es heisst: „Unser Volk empfindet vielfach die Leiden, die es durch die feindlichen Fliegerangriffe ertragen muss, als Vergeltung für das, was den Juden angetan worden ist. Das Brennen der Häuser und Kirchen, das Splittern und Krachen in den Bombennächten, die Flucht aus den zerstörten Häusern mit wenigen Habseligkeiten, die Notlosigkeit im Suchen eines Zufluchtsortes erinnert die Bevölkerung auf das peinlichste an das, was bei früheren Anlässen die Juden erdulden mussten.“ Hinter diesen Worten stand mehr als ein Volksempfinden; dahinter stand ein ehrliches Gesetz Gottes.

Die andere Verpflichtung ist die, die wir denen gegenüber haben, die der Vernichtung entronnen sind. Viele sind es nicht. Aber wenn man noch einer glaubt, dass diese Wenigen heute ein sorgloses und freies Leben haben, weil der Staat sie längst für alle Leiden entschädigt habe, der wird bei näherem Zusehen erkennen, dass dem keineswegs so ist. Es gibt Hunderte, ja Tausende unter diesen, vielfach frühgealterten, „Nichtariern“, die in bedrängten äusseren Verhältnissen und vor allem in grosser innerer Einsamkeit leben. Familie, Freunde, Bekannte - alles tot! Niemand kümmert sich um sie. Man hat in ihnen Hoffnungen erweckt und hat diese Hoffnungen nicht gehalten. Die christlichen „Nichtarier“, die an der Hilfeleistung der ausländischen Juden keinen Anteil erlangen, haben es oft am schwersten.

Hier ist eine Schuld einzulösen. Dabei müssen die vorangehen, die nach menschlichem Urteil am wenigsten Mitschuld an dem tragen, was damals geschehen ist. Denn gerade diese wissen darum, dass Schuld etwas Tieferes ist als das, was man gemeinhin darunter versteht. Wir stehen in der Schuld derer, die die Opfer des 9. November 1938 geworden sind, der Lebenden und der Toten. Und aus der Schuld erwächst die Pflicht.

(Aus der von Jakob Kaiser herausgegebenen Berliner CDU-Zeitung „Der Tag“ Nr. 193 vom 7.11.48).

10. Kleine Nachrichten. Juden ehren einen Deutschen.

Unter dieser Überschrift berichtet das Schweizer Israelitische Wochenblatt vom 21.1.1949 das Folgende: Jüdische Flüchtlinge aus Polen haben soeben in Paris ein Bankett zu Ehren des deutschen Industriellen Oskar Schindler veranstaltet. Schindler war während des Krieges der Leiter einer Krakauer Fabrik, in der 1.000 jüdische Zwangsarbeiter beschäftigt wurden. Als alle Krakauer Juden ermordet werden sollten, gelang es Oskar Schindler, das Leben seiner Arbeiter zu retten, indem er den Betrieb als „kriegswichtig“ nach Böhmen verlegen liess.

(In: Der Überblick 4 (12.2.49), 6 S. 10).

Ein Gesandter des Heiligen Stuhls für Israel.

Der Vatikan hat in der Person von Monsignore Antonio Vergani einen Gesandten für Israel ernannt und damit den Staat Israel de facto anerkannt. (In: Judaica 5 (1.3.49) 1 S. 80.)

Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

„Unsere Verpflichtung gegenüber den Andersdenkenden ist mit Duldung allein nicht erschöpft. Liebe ist mehr als Duldung. Sie schliesst Verständnis in sich, Wohlwollen und Freundschaft.“ Unter diesem Leitwort wurde kürzlich in München die erste Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit auf deutschem Boden gegründet, nachdem bereits während des Krieges in den USA und im Jahre 1946 in Oxford die „International Council of Christians and Jews“ ins Leben gerufen worden war. Den Vorsitz der Münchner Gesellschaft übernahm Bürgermeister Dr. h. c. Karl Scharnagl, Prof. Dr. Ernst Lichtenstein und Chefarzt Dr. Julius Spanier. Es wurden von der Gesellschaft drei Arbeitsausschüsse, der pädagogische, religiös-kirchliche und zivile, geschaffen, die die Tatbestände, Schwierigkeiten und Vorurteile untersuchen und darüber hinaus Wege finden sollen, um eine allgemeine Verständigungs-